

Fachinformation Dr. Hans Penner

Bürgerdialog

www.fachinfo.eu

Lammert, Prof. Dr. Norbert, Präsident Deutscher Bundestag

norbert.lammert@bundestag.de

www.fachinfo.eu/lammert.pdf - Stand: 13.12.2013

Schreiben H.Penner vom 13.12.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Lammert,

die wenigen politisch wachen Bürger interessieren sich für die Leute, von denen sie regiert werden. Was ist von unseren Abgeordneten zu halten?

- Die Netzseiten der Abgeordneten zeigen vorwiegend lächelnde Gesichter. Trotzdem drohen etliche mit dem Rechtsanwalt, wenn man sie um Stellungnahmen bittet.
- Die Netzseiten der Abgeordneten erläutern keine Probleme.
- Die Netzseiten der Abgeordneten bringen keine sachlichen Argumente.
- Alle Abgeordneten glauben den wissenschaftlich nicht haltbaren Unsinn der menschengemachten globalen Erwärmung.
- Kein Abgeordneter kann begründen, warum Kohlendioxid klimaschädlich sein soll.
- Kein Abgeordneter wagt es, der Energiewende der Frau Merkel zu widersprechen, die töricht und extrem teuer ist.
- Alle Abgeordneten begrüßen die Ruinierung der deutschen Stromversorgung.
- Alle Abgeordneten begrüßen die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft im Sinne der DDR.

Mit "Abgeordneten" meine ich auch die Abgeordneterinnen. Ich bitte Sie, dieses Schreiben (siehe www.fachinfo.eu/lammert.pdf) an diejenigen Politiker weiterzuleiten, die einen sachlichen Dialog mit Bürgern ablehnen. Adressen siehe unten.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H.Penner vom 26.11.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Lammert,

im Geleitwort zur Textausgabe 2009 des Grundgesetzes schreiben Sie: „*Demokratie braucht Bürger, die sich einmischen, die Verantwortung übernehmen, die Engagement zeigen*“. Befolgt man diese Aufforderung, stößt man bei den Abgeordneten des Bundes und der Länder auf strikte Ablehnung. Unten sind die Adressen von Abgeordneten aufgelistet, die sich Zuschriften bezüglich der Existenzfragen unseres Volkes verbessern haben.

Die geistige Verfassung der Abgeordneten und Abgeordneterinnen ist desolat. Kürzlich wurde eine Politikerin zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt, die sich deutlich in einem deutschfeindlichen Sinne äußert.

Die Abgeordneten stimmen ohne ausreichende Diskussion über folgenschwere Gesetze ab wie etwa den ESM-Vertrag, deren Texte sie nicht genügend kennen und deren Folgen sie nicht abschätzen können.

Bei den Abgeordneten beobachtet man eine erschreckende Unfähigkeit, ihre Ansichten und Meinungen sachlich und stichhaltig zu begründen. Keiner weiß, warum Kohlendioxid-Emissionen schädlich sein sollen.

Die Abgeordneten verfügen über keine ausreichenden naturwissenschaftlich-technischen Kenntnisse, um etwa Fragen der Energiepolitik beurteilen zu können. Die Abgeordneten wissen nicht, was Energie ist, was elektrischer Strom ist, was Radioaktivität ist, was Klima ist oder was Kohlendioxid ist.

Die Abgeordneten verfügen über keine ausreichenden volkswirtschaftlichen Kenntnisse. Sie wissen nicht, was Soziale Marktwirtschaft ist oder was sozialistische Planwirtschaft ist. Sie kennen nicht die Bedeutung von Geld und Währung.

Die Abgeordneten leben von leeren Phrasen. Was ist beispielsweise "bezahlbarer Strom"? Frau Schavan hatte sage und schreibe "CO₂-freie Städte" gefordert. In solchen Städten gibt es kein Bier und keine Blumen, weil beide CO₂ brauchen.

Zweifellos gibt es einige wenige Ausnahmen. Diese können sich jedoch nicht durchsetzen. Wo soll das hinführen?

Dieses Schreiben kann verbreitet werden und steht im Internet unter www.fachinfo.eu/lammert.pdf

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H.Penner vom 16.07.2012

Sehr geehrter Herr Professor Lammert,

am Nationalfeiertag 2012 haben Sie die Bürger vor einer "Renationalisierung" gewarnt und damit die Bevölkerung gezielt getäuscht. Europa besteht aus Nationalstaaten. Die Nationalisierung von Nationalstaaten ist blanker Unsinn. In Wirklichkeit wollen Sie die Entnationalisierung Deutschlands, also die Abschaffung Deutschlands als freiheitlichen Rechtsstaat.

Der Hintergrund Ihrer Forderung ist das Scheitern der Energie- und der Europapolitik der Bundeskanzlerin wegen ungenügender Kenntnisse der Atmosphärenphysik und der Volkswirtschaft. Um politisch zu überleben braucht Frau Merkel ein neues Konzept, das sie im europäischen Bundesstaat glaubt gefunden zu haben.

Die Sowjetunion war das beste Beispiel dafür, daß ein Vielvölkerstaat - und ein solcher wäre der europäische Bundesstaat - nur durch eine Diktatur regiert werden kann. Diktatorische Tendenzen haben wir in der EU bereits genug. Die Umwandlung unserer Energiewirtschaft in eine Planwirtschaft verdeutlicht die sozialistischen Absichten von Frau Merkel, die von einer sozialistischen Diktatur geprägt wurde.

Ein europäischer Bundesstaat ist jedoch auf der Basis des Grundgesetzes nach Artikel 20 nicht möglich. Bereits der ESM-Vertrag ist grundgesetzwidrig. Das Grundgesetz will Frau Merkel deshalb abschaffen.

Das von Ihnen verwendete Unwort "Renationalisierung" bedeutet nichts anderes als das Festhalten am Grundgesetz. Leicht durchschaubar ist, daß von Frau Merkel jetzt Kampagnen inszeniert werden, die das Grundgesetz als veraltet diskriminieren. Ihre "Warnung" ist bereits ein Teil dieser Kampagnen.

Dieses Schreiben erscheint im Internet unter www.fachinfo.eu/lammert.pdf. Aus historischen Gründen muß festgehalten werden, wem Deutschland seinen Untergang verdankt. Ich hoffe auf eine Verbreitung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

(Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet)

Schreiben H.Penner vom 16.07.2012

Sehr geehrter Herr Professor Lammert,

für die Beantwortung meines Schreibens vom 20.06.2012 durch Herrn Helling bedanke ich mich. Allerdings ist Ihr Schreiben ausgesprochen problematisch.

Der "Stabilitätsmechanismus" ist in Wirklichkeit kein Mechanismus, sondern eine "internationale Finanzinstitution" (Art. 1 ESM-Vertrag), also eine Bank. Der Öffentlichkeit und den Abgeordneten wurde dieser Sachverhalt verschleiert.

Wenn "die Parlamentarier den Stabilitätsmechanismus für das richtige Mittel halten", so ist dies ein Irrtum. Eine Haushaltsstabilität erreicht man nicht durch Schulden, sondern durch die Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen.

Falsch ist auch Ihre Behauptung, der ESM-Vertrag würde keine Preisgabe der Haushaltssouveränität Deutschlands bedeuten. Der Bundestag beeinflusst lediglich den deutschen Vertreter im ESM-Entscheidungsgremium, aber nicht das Gremium selbst.

Dieses Schreiben stelle ich ins Internet unter www.fachinfo.eu/lammert.pdf.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

(Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet)

Schreiben N. Lammert vom ?.06.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Penner,

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat mich gebeten, Ihnen für Ihre E-Mail vom 20. Juni 2012 zu danken. Leider kann Ihnen Herr Prof. Dr. Lammert wegen der Vielzahl der an ihn gerichteten Zuschriften nicht persönlich antworten und bittet dafür um Verständnis.

Erlauben Sie mir zunächst den Hinweis, dass der Bundestagspräsident für Ihre Kritik an der Bundeskanzlerin nicht der richtige Ansprechpartner ist. Ich darf Sie daher bitten, sich mit Kritik und Anmerkungen zur Regierungsarbeit direkt an die Bundeskanzlerin zu wenden.

Zum europäischen Stabilitätsmechanismus ist folgendes zu sagen: Das Zustimmungsgesetz zum ESM ist

am Freitag, dem 29. Juni, im Deutschen Bundestag mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen worden. Sie können gewiss sein, dass die Abgeordneten sich die Entscheidung nicht leicht gemacht haben.

Auch wenn niemand mit letzter Sicherheit sagen kann, welche der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten die Staatsschuldenkrise entschärfen kann, so zeigt das Abstimmungsergebnis deutlich, dass die Parlamentarier den Stabilitätsmechanismus für das richtige Mittel halten.

Von einer „Preisgabe der Haushaltssouveränität Deutschlands“ - wie Sie schreiben - kann keine Rede sein. So kann der deutsche Vertreter im Gouverneursrat keiner Maßnahme zustimmen, ohne dass ein entsprechendes Votum des Bundestages vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag Sebastian Helling

Schreiben H.Penner vom 30.06.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Lammert,

mit einem Lächeln haben Sie am 29.06.2012 das Ergebnis eines Schwarzen Freitags in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bekanntgegeben.

Der Bundestag hat einen Rechtsbruch begangen und gegen das Grundgesetz entschieden. Die Befürwortung des ESM-Finanzierungsgesetzes geschah auf der Rechtsgrundlage einer Verfassung, die es noch nicht gibt.

Die Bundeskanzlerin will Deutschland als souveränen Rechtsstaat abschaffen und als Provinz einem europäischen Bundesstaat eingliedern, der voraussichtlich eine Fiskal-Diktatur sein wird. Dieses Ziel ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Artikel 20 GG:

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Bundeskanzlerin will ihr Ziel nicht legal erreichen, sondern über eine ESM-Superbank, die mit diktatorischen Vollmachten die europäischen Staatsverschuldungen lenkt. Ein europäischer Bundesstaat ist auf der Basis des Grundgesetzes nicht möglich. Hierfür müßte eine neue Verfassung geschaffen werden.

Die Unlauterkeit der Bundeskanzlerin ist daran erkennbar, daß sie eine "europäische Bankenaufsicht" fordert, um Kritiker zu beschwichtigen, aber gleichzeitig die Gründung einer ESM-Superbank vorantreibt, die überhaupt nicht beaufsichtigt werden kann. Siehe Artikel 27 des ESM-Vertrages:

3. Der ESM, sein Eigentum, seine Finanzmittel und Vermögenswerte genießen unabhängig von ihrem Standort und Besitzer umfassende gerichtliche Immunität...
5. Die Archive des ESM und alle ihm gehörenden oder in seinem Besitz befindlichen Dokumente im Allgemeinen sind unverletzlich.
6. Die Räumlichkeiten des ESM sind unverletzlich.

Die Unlauterkeit der Bundeskanzlerin ist auch daran erkennbar, daß sie eine Ablehnung des gesetzwidrigen Schuldentransfers als europafeindlich diskriminiert. Die Währungsunion schadet in Wirklichkeit der Idee eines geeinten Europas.

Die Bundeskanzlerin verschleierte ihre politischen Ziele. Der ESM-Vertrag ist der Bevölkerung nicht bekannt, die Medien haben über dessen Inhalte nicht oder unzulänglich berichtet. Den Abgeordneten wurde keine Zeit gelassen, den ESM-Vertrag zu studieren und zu diskutieren, weil sie mit Unmengen an Druckschriften eingedeckt wurden.

Der Bundestag überträgt einen wesentlichen Teil der Haushaltssouveränität an die ESM-Superbank. Man kann es niemandem verübeln, wenn er an das Ermächtigungsgesetz vom März 1933 erinnert.

Der Bundestag zwingt die Regierung dazu, gegebenenfalls 190 Milliarden Euro - oder noch mehr - an die ESM-Superbank zu überweisen. Man kann es niemandem verübeln, wenn er an Versailles erinnert.

Christen gewinnen Zuversicht aus dem Wort der Herrnhuter Losung vom 29.06.2012: "In deiner (Gottes) Hand ist Kraft und Macht, und es ist niemand, der dir zu widerstehen vermag". Und vom 30.06.2012: "Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!"

Ich bitte um Verbreitung dieses Schreibens, das auch im Internet steht unter www.fachinfo.eu/lammert.pdf.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H.Penner vom 20.06.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Lammert,

Am 14. Juni haben nochmals 40 herausragende Fachleute der Wirtschaft einen Vorstoß gegen den europäischen Kollisionskurs der Bundeskanzlerin unternommen: "Verbrannte Milliarden – Kanzlerin, halten Sie ein!" (www.welt.de/politik/deutschland/article106621881/Verbrannte-Milliarden-Kanzlerin-halten-Sie-ein.html)

Die Gesetzeswidrigkeit der Europapolitik von Frau Dr. Merkel hat der Staatsrechtler Professor Schachtschneider in seinem Buch "Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Ein Staatsstreich der politischen Klasse" ausführlich begründet. Die verantwortungsbewußten Bürger richten den dringenden Appell an die Bundestagsabgeordneten, dem verhängnisvollen, von Frau Dr. Merkel forciertem ESM-Vertrag nicht zuzustimmen:

1. Die Europäische Union ist nicht von der Art der Währung abhängig.
2. Eine Einheitswährung ist für einen stark diversifizierten Wirtschaftsraum schädlich.
3. Die geforderte ESM-Fiskalbehörde ist nicht demokratisch legitimiert, unkontrollierbar und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet.
4. Die geforderte Preisgabe der Haushaltssouveränität Deutschlands ist verfassungswidrig.
5. Die von Deutschland geforderten exorbitanten Geldbeträge zur Sanierung von Banken korrupter Staaten führen Deutschland in den Staatsbankrott.

Frau Dr. Merkel läßt sich von Wirtschaftsfachleuten nicht beraten. Augenscheinlich ist sie noch an planwirtschaftliche sozialistische Vorstellungen gebunden, die sie geprägt haben.

Die Klimapolitik von Frau Dr. Merkel ist gescheitert, weil Kohlendioxid-Emissionen keinen schädlichen Einfluß auf das Klima haben. Siehe die Rede von Professor Lindzen vor dem Britischen Unterhaus am 22.12.2012.

Die Vernichtung deutscher Kernkraftwerke durch Frau Dr. Merkel verursacht exorbitanten volkswirtschaftlichen Schaden. Ein rationaler Grund besteht hierfür nicht. Deutschland muß jetzt Nuklearstrom importieren. Das Fukushima-Ereignis verursachte keine gesundheitliche Schädigung der Bevölkerung siehe www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/fukushima_rechtfertigt_nicht_den_ausstieg_aus_der_kern_energie/.

Die Energiepolitik von Frau Dr. Merkel ist gescheitert. Aus physikalischen Gründen läßt sich Fossilstrom und Nuklearstrom nicht durch Wind- oder Solarstrom ersetzen, weil Energiedichte und Stetigkeit dieser Energiequellen zu gering sind. Siehe www.novo-argumente.com/magazin.php/novo_notizen/artikel/0001138

Insgesamt muß die Politik von Frau Dr. Merkel als deutschefeindlich bezeichnet werden, weil sie nicht dem Wohl der Bevölkerung dient und die Desindustrialisierung fördert.

Ich hoffe auf eine Verbreitung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

(Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet)

Schreiben H.Penner vom 12.08.2008

Sehr geehrter Herr Dr. Lammert,

...viele verantwortungsbewußte Bürger sind sehr besorgt um die Entwicklung unserer Demokratie. Die Bevölkerung ist nicht politikverdrossen, sondern politikerverdrossen. Abgeordnete und Bürger entfernen sich immer weiter voneinander fort. Eine Kommunikation zwischen Parlamentariern und Bürgern ist kaum mehr möglich. Von Bürgernähe ist bei den Abgeordneten keine Spur zu finden. Schreibt man an Abgeordnete, so erhält man in der Regel überhaupt keine Antwort.

Wenn man tatsächlich eine Antwort erhält, so ist sie in der Regel nichtssagend und besteht aus leeren Phrasen: "Der Herr Bundesminister dankt Ihnen für Ihr reges Interesse an der Politik und stimmt Ihnen weitgehend zu. Die von Ihnen angeschnittenen Probleme werden vom Herrn Bundesminister fast genauso gesehen. Seien Sie versichert, daß der Herr Bundesminister alles in seinen Möglichkeiten Liegende tun wird, um das von Ihnen angeschnittene Problem in Angriff zu nehmen." So oder ähnlich lautet jede Antwort.

Da lobe ich mir die SPD. Der SPD-Abgeordnete Jörg Tauss geht den geraden abgekürzten Dienstweg: "Sehr geehrter Herr Penner, ich habe Sie schon mehrfach aufgefordert, mich nicht mehr mit Ihren Albernheiten zu belästigen. Ganz offensichtlich muss ich tatsächlich jetzt doch juristische Schritte ergreifen, mich vor Ihren Spam - Attacken zu schützen. Gruss Tauss"

Als Schrott-Mail hat Herr Tauss die Kopie meines Schreiben vom 09.07.2008 an das Wuppertal-Institut für Klima bezeichnet, die ich ihm geschickt hatte. Ich hatte gegen nachweislich falsche Behauptungen des Instituts protestiert. Wenn ich in Deutschland frei meine Meinung äußere und diese sachlich begründe, muß ich mit einem Prozess rechnen. Sind das nicht Verhältnisse, die sich denen des Dritten Reiches annähern?

Wenn Bürger sich sorgen um die Zukunft Deutschlands und sich für das Wohl deutscher Bürger engagieren, dann werden sie von Abgeordneten wie Tauss angegriffen. Herr Tauss ist nicht der einzige. Es gibt auch noch andere Abgeordnete, die sich Zuschriften engagierter Bürger verbitten.

Konkret geht es um die lapidare Feststellung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft: "Da nur 3 bis 4 % der globalen Treibhausgas-Emissionen aus Deutschland stammen, kann das Weltklima durch Verminderung der deutschen Emissionen natürlich nicht verbessert werden."

Demnach sind die Maßnahmen der Bundesregierung zur Emissionssenkung völlig sinnlos. Ungeachtet dieser Tatsache hat Frau Dr. Merkel auf Meseberg fernab von jeglicher Demokratie Maßnahmen zur Emissionssenkung beschlossen, die bis zum Jahr 2020 über 500 Milliarden Euro kosten werden (www.buerger-fuer-technik.de). Die Bundeskanzlerin meint allen Ernstes, Kohlensäure könne die Menschheit vernichten.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft sieht für solche Maßnahmen nur einen einzigen Grund: Deutschland soll der Welt mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist völlig gleichgültig, ob der Mittelstand dadurch verarmt. Die derzeit in der Bevölkerung viel zitierte Maxime "Am Deutschen Wesen soll die Welt genesen" kommt mir irgendwie bekannt vor.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

(Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet)